

Albrecht von Lucke

Die Geburt der Republik aus dem Geiste der Kritik

Kritik und Selbstkritik als demokratisches Lebenselixier

Wenn wir am 23. Mai den 60. Geburtstag des Grundgesetzes feierlich begehen, wird vermutlich erneut die Legende beschworen, es habe sich bei der Bundesrepublik von Anfang an um eine reine Erfolgsgeschichte gehandelt. Während die DDR von Beginn an zum Scheitern verurteilt gewesen sei, mutiert die Bundesrepublik in der zunehmend gängigen Lesart regelrecht zum gelobten Land: Währungswunder, Wirtschaftswunder, Verbände- und Parteienwunder – die junge Republik als demokratische Wundertüte. Auf diese Weise erscheint der alte westdeutsche Teilstaat als bis heute weitgehend unveränderter Sieger der Geschichte. Aber: Innehalten und Selbstkritik stünde ihm auch nicht schlecht.

Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Soeben im Wagenbach Verlag erschienen: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin: 1949-1989-2009.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de



Die eigentlich zutiefst westdeutsche Lesart einer gleichsam von Beginn an perfekten Demokratie hat erstaunlicherweise in einer Ostdeutschen ihre prominenteste Protagonistin gefunden, nämlich in der Bundeskanzlerin. Die damalige Oppositionsführerin Angela Merkel erklärte am 17. Januar 2001 im Bundestag: »Unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, ist seit 1949 ununterbrochen eine freiheitliche, solidarische, weltoffene Republik, auf die wir stolz sein können.«

Hier artikuliert sich eine erstaunliche Institutionengläubigkeit, die von den Personen und Mentalitäten des Jahres 1949 völlig absieht. Tatsächlich ist die Bonner Republik als »geglückte Demokratie« jedoch nur prozesshaft, als fortgesetzte mentale Demokratisierung zu begreifen. Die Menschen waren nach 1945 schließlich nicht von heute auf morgen andere geworden – und so hielten bei einer *Allensbach-Umfrage* im Jahr 1948 noch 57 % den Natio-

nalsozialismus für eine »gute Sache, die nur schlecht gemacht worden ist«. Bei ihrem Bedürfnis nach Verdrängung der jüngsten Vergangenheit konnten sie sich des Verständnisses ihres Kanzlers stets gewiss sein. »Wat soll diese Nazi-Schnüffelei?«, lautete die Adenauersche Devise.

Von Anfang an gab es deshalb unter Intellektuellen berechtigte Zweifel an der politischen Kultur des Landes. »Bonn darf nicht Weimar werden, diesmal muss die Republik gelingen« – dieses Credo, das die Intellektuellen wie auch die an der Entstehung des Grundgesetzes beteiligten Politiker einte, war Grundkonstante der geistigen Verfassung der Bonner Republik. »Der Weimar-Komplex« (*Sebastian Ullrich*) war für sie im positiven Sinne konstitutiv. Die Bundesrepublik wurde erst unter diesem Vorzeichen von einer verordneten zu einer »erstrittenen Demokratie«. Erstritten auch und gerade gegen jene Politiker, die insbesondere in der anfänglich allein staatstragenden Union von der NS-Vergangenheit alsbald verschont bleiben wollten. »Ein Volk, das diese wirtschaftliche Leistung vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr zu hören«: Dieses Franz-Josef Strauß zugeschriebene Zitat bringt den reaktionären Geist des Wirtschaftswunders prägnant zum Ausdruck.

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik wird deshalb nur verständlich als eine Geschichte permanenter intellektueller Kritik und Selbstkritik. Nach grober Unterteilung vollzog sich diese Entwicklung in fünf Phasen, die jedoch keineswegs isoliert zu betrachten sind, sondern sich gegenseitig befruchteten.

Produktive Reibung durch radikale Kritik

Die erste Phase betrifft die bundesrepublikanische Gründungszeit von 1945 bis 1950. In dieser Zeit verbindet sich die Kritik vor allem mit dem Vorwurf der Restauration, welche bereits durch die erheblichen personellen Kontinuitäten zwischen Nationalsozialismus und früher Bundesrepublik, etwa in Politik, Wirtschaft und Justiz zum Ausdruck kam.

Prägende Figuren dieser Epoche waren der Philosoph Karl Jaspers mit seinem Insistieren auf der deutschen Schuldfrage und der Publizist Walter Dirks (gemeinsam mit Eugen Kogon langjähriger Herausgeber der *Frankfurter Hefte*), dessen Aufsatz *Der restaurative Charakter der Epoche* aus dem Jahre 1950 den von vielen Intellektuellen empfundenen reaktionären Zeitgeist auf den Begriff brachte und zugleich kritisch analysierte.

Die zweite Phase beginnt Anfang der 50er Jahre mit dem Protest gegen die Wiederbewaffnung und die spätere Planung atomarer Rüstung der Bundeswehr. Maßgebliche Wortführer waren renommierte Naturwissenschaftler, insbesondere die sogenannten *Göttinger Achtzehn* um die Atomforscher Otto Hahn und Carl Friedrich von Weizsäcker. Dieser Protest breitete sich alsbald aus und ging über in die Ostermarsch-Bewegung, die – wenn auch in deutlich geschrumpftem Umfang – bis heute existiert. Mit diesen Debatten ging eine weitreichende demokratische Politisierung einher, die anders als in der Weimarer Re-

publik tief in bürgerliche Kreise vordrang. Einen ersten Höhepunkt erlebte sie mit den erfolgreichen Protesten gegen die Verhaftung Rudolf Augsteins im Zuge der *Spiegel-Affäre* 1962.

In der dritten Phase ab Mitte der 60er Jahre folgte die Kritik an der »Bildungskatastrophe« (*Georg Picht*) und an den geplanten Notstandsgesetzen, die Jaspers prominent in seiner Weckschrift *Wohin treibt die Bundesrepublik?* artikulierte. Auf diese Weise wurden die gesamten 60er Jahre zu dem eigentlichen Jahrzehnt der Kritik – was der Revolte der 68er erst den Boden bereite.

Allerdings war 68 bekanntlich »Die letzte Revolution, die noch nichts vom Ozonloch wusste« (*Daniel Cohn-Bendit*). In einer vierten Phase radikaler Kritik erwacht daher das Bewusstsein von den »Grenzen des Wachstums«, ausgelöst durch den gleichnamigen ersten Bericht des *Club of Rome* aus dem Jahre 1972. Der damit einhergehende Wertewandel führte zur Entstehung einer alternativen Öffentlichkeit aus Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegung und schließlich, Anfang der 80er Jahre, zur Gründung der *Grünen*, die das etablierte Parteienspektrum mit den neuen Problemen konfrontierten.

Schließlich sorgten die heftigen geschichtspolitische Debatten der 80er Jahre in einer fünften Phase gewissermaßen für die Abrundung der »Bonner Republik«. Mit dem Historikerstreit von 1987 und vor allem mit der großen Rede Richard von Weizsäckers am 8. Mai 1985, die das Kriegsende unmissverständlich als Befreiung definierte, wurde »geistig-moralischen Wenden« im Sinne Helmut Kohls endgültig der Boden entzogen.

Dank dieser über vier Jahrzehnte geführten radikalen Auseinandersetzungen hatte die alte Bundesrepublik bereits vor dem Mauerfall ihre neue, westlich-liberale Identität einer kritisch-aufgeklärten Bürgergesellschaft gewonnen. Ironischerweise führten all diese Formen radikaler Kritik

letztlich stets zur Innovation der Demokratie. Erst die durch Protest bewirkte Irritation gab dem politischen System den entscheidenden Impuls, auf neue Herausforderungen angemessen zu reagieren. So war es nicht zuletzt die polemische Restauraionskritik, die zur (wenigstens partiellen) Sensibilisierung der frühen Wirtschaftswunder-Gesellschaft gegenüber politischen Gefährdungen beitrug und auf diese Weise verhinderte, dass die Demokratie – etwa in der folgenden *Spiegel-Affäre* – größeren Schaden nahm.

Dank dieser Entwicklung wurden selbst radikale Kritiker für die Demokratie produktiv gemacht – und gleichzeitig integriert. Kurz: Wer dagegen war, war gleichwohl immer noch dabei. Wenn es folglich ein »Demokratie-Wunder« der alten Bundesrepublik gab, dann bestand es darin, dass aus hartem Konflikt jeweils eine erstaunliche Innovation und Integration erwuchs. Radikale Kritik war das Lebenselixier der »Bonner Republik«, das deren demokratische Wurzeln regelmäßig stärkte und erneuerte.

Falsche Sachzwanglogik

Doch die Bonner Zeiten sind lange vorbei. Seit der Wende von 1989 hat sich die Lage grundlegend geändert. Daraus resultieren, wie wir soeben erleben, dramatische neue Gefährdungen. Keineswegs die unerheblichste besteht in dem verminderten Krisenbewusstsein. War die alte Bundesrepublik mit Kritikfähigkeit und Krisenempfinden manchmal überversorgt, ist sie seit 20 Jahren radikal unterversorgt.

Daran hat selbst die gegenwärtige globale Wirtschaftskrise nichts Grundlegendes geändert. Das zeigt sich nicht nur an der erstaunlichen Lethargie der Bevölkerung, die von manchen Beobachtern bereits als heroische Unaufgeregtheit geadelt wird, sondern auch an der Hilflosigkeit der Politiker und Intellektuellen.

Die gegenwärtige Krise ist somit auch Ausdruck einer Krise der Demokratie und ihrer Fähigkeit zur (Selbst-)Kontrolle – insbesondere gegenüber einer die Politik seit 20 Jahren dominierenden, ja mehr und mehr kolonialisierenden Ökonomie. Tatsächlich fand in den letzten zwei Jahrzehnten, jedenfalls in den etablierten Parteien, kaum ein grundsätzlicher Diskurs über die bestehenden Risiken und Gefahren der rasenden ökonomischen Globalisierung statt. Infolgedessen drangen die in den außerparlamentarischen Bewegungen, etwa bei ATTAC, durchaus diskutierten Ansätze, wie die Tobin-Steuer zur Regulierung der Finanzmärkte, nicht zu den Entscheidungsträgern durch.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Seit über 20 Jahren blockiert das neoliberale Credo Margaret Thatchers jeden Diskurs: »There is no alternative« – »Es gibt keine Alternative« jenseits des neoliberalen Mainstreams; dieses TINA-Prinzip und die von der fast absolutistisch herrschenden ökonomischen Schule der Neoklassik ständig ins Feld geführte »Logik des Sachzwangs« verhinderten seit 1989 jede ernsthafte Diskussion über unser Wirtschaftsmodell. Die Konsequenz: An die Stelle des politisch mündigen Bürgers trat der Konsument, der sich auch im öffentlichen Raum primär um seine eigenen Angelegenheiten kümmert. Selbst an den Universitäten, zuvor gut 40 Jahre lang Hort der zumeist linken Unruhe, sorgt sich inzwischen das Gros der Studierenden unter dem verschärften Druck der globalen Konkurrenz vornehmlich um das eigene Fortkommen.

Dabei schreien die globalen ökologischen und sozialen Probleme nicht erst seit der Finanzkrise förmlich nach radikaler Kritik, schon weil das verbleibende Zeitfenster zu ihrer Lösung immer kleiner wird. Was heute nottut, wäre eine große gesamtgesellschaftliche Debatte darüber, wie diese Gesellschaft sich zukünftig, in Zeiten notwendigen Wachstumsrückgangs, Solidarität und Zusammenhalt vorstellt, wie

sie die zusehends inhomogeneren Gruppen integrieren und die großen sozial-ökologischen Herausforderungen meistern will. Bei dieser Debatte um die Zukunft der demokratischen Gesellschaften geht es letztlich um das Verhältnis der Werte-Trias Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – und damit um einen neuen, fortentwickelten Gesellschaftsvertrag auf Basis dessen, was die Väter und Mütter des Grundgesetzes vor 60 Jahren ins Leben riefen.

Neue Lage, neue Gefährdungen

All das findet jedoch nicht statt. Die räsionierende Öffentlichkeit, welche die »Bonner Republik« einst ausgezeichnet hatte, scheint seltsam inexistent. Stattdessen wird das Vertrauen, das man 20 Jahre treuherzig dem globalen Markt schenkte, nun schlicht auf den Staat umgeleitet – als vermeintlich letztem Retter in der Not.

Der in den letzten Jahren dramatisch »verschlankte« Staat allein wird die gewal-

tigen Probleme jedoch nicht lösen können – ohne eine flankierende grundsätzliche gesellschaftliche Debatte über Möglichkeiten und Grenzen unseres Wirtschaftssystems. Diese wäre ganz im Sinne der Gründer der Bundesrepublik, denen die Gefahren eines entfesselten Kapitalismus – die Krise von 1929 lag nur 20 Jahre zurück – noch sehr präsent waren, wie die frühen anti-monopolistischen, auf Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien zielenden Programme sämtlicher Parteien belegen.

Die vergangenen 20 Jahre waren diesbezüglich verschenkte Jahre. Wenn wir der gegenwärtigen Probleme tatsächlich Herr werden wollen, gilt es deshalb an die Tradition der alten »Bonner Republik« anzuknüpfen und die Krise selbstkritisch als das zu begreifen, was sie ist: Eine grundlegende Infragestellung des westlich-kapitalistischen Lebens- und Produktionsmodells. Nur durch radikale Kritik des Bestehenden kann aus der Krise auch die vielbeschworene Chance erwachsen. Andernfalls jedoch laufen wir Gefahr, die Zukunft unserer bald 60-jährigen Demokratie zu verspielen.